

N i e d e r s c h r i f t

SpKFS/VII/03

Niederschrift über die Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses der Gemeinde Rosendahl am 17.11.2005 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Die Ausschussvorsitzende

Everding, Clara

Die Ausschussmitglieder

Haßler, Christa

als Vertreterin für Isfort,
Mechthild

Klostermann, Birgit

Niehues, Hubert

Schröer, Martin

Schulze Baek, Franz-Josef

Steindorf, Ralf

Wünnemann, Werner

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef

Bürgermeister

Gottheil, Erich

Fachbereichsleiter

Homerig, Antonius

Fachbereichsleiter

Roters, Dorothea

Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Isfort, Mechthild

Schnieder, Nadine

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:35 Uhr

Tagesordnung

Gäste:

Frau Knossalla, Kolping-Bildungswerk Münster (als vortragender Gast zu TOP 2)
Herr Pfarrer Hambrügge, Kath. Kirchengemeinde Osterwick (zu TOP 3)
Herr Klix, Kath. Zentralrendantur Coesfeld (zu TOP 3)
Herr Druffel-Severin, pädagogische Fachkraft (zu TOP 3)

Die Ausschussvorsitzende, Frau Everding, eröffnete die Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, Frau Knossalla vom Kolping-Bildungswerk und Herrn Druffel-Severin, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung. Sie stellte fest, dass mit Einladung vom 04. November 2005 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Ausschussmitglied Steindorf den Antrag, den TOP 5 – Bericht über die Entwicklung der Grundsicherung – vor den TOP 2 – Möglichkeiten der Einrichtung eines „Kommunalen Familientisches“ – vorzuziehen. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Fachbereichsleiter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Ausschusses am 16. Juni 2005 gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Möglichkeiten der Einrichtung eines "Kommunalen Familientisches" Vorlage: VII/227

Ausschussvorsitzende Everding nahm an dieser Stelle die Gelegenheit wahr, die zwischenzeitlich eingetroffenen Gäste, Herrn Pfarrer Hambrügge und Herrn Klix, zu begrüßen.

Bürgermeister Niehues nahm sodann die Gelegenheit wahr, kurz in das Thema einzuführen und die Aufnahme des Punktes in die Tagesordnung zu begründen. Ausgangspunkt sei die immer wichtiger werdende Beschäftigung mit der demographischen Entwicklung in der Gemeinde. Dies habe er von Beginn seiner Amtszeit als Bürgermeister an immer als vordringliches Thema angesehen. Erste und wichtige Schritte seien bereits mit der familienfördernden Preispolitik bei Baugrundstücken und mit der familienfreundlichen Gestaltung von Baugebieten unternommen worden. Das seitens des Kolping-Bildungswerkes unterbreitete Angebot zur Gründung eines „Kommunalen Familientisches“ habe daher sein Interesse geweckt. Wichtig sei ihm, den Ausschuss mit dieser Projektidee bekannt zu machen, um ggf. Möglichkeiten der Umsetzung zu diskutieren. Er freue sich daher, dass Frau Knossalla als Projektleiterin sich bereit erklärt habe, das Konzept des „Kommunalen Familientisches“ in

dieser Sitzung vorzustellen.

Diesen Ausführungen stimmte Ausschussmitglied Steindorf zu. Er schlug allerdings vor, nicht – wie im Beschlussvorschlag vorgesehen – diesen in der Sitzung zu erarbeiten, sondern den Vortrag zur Kenntnis zu nehmen, um nach der Sitzung zunächst eine Beratung in den Fraktionen vorsehen zu können. Im weiteren Beratungsgang solle das Thema erneut im Haupt- und Finanzausschuss aufgegriffen und abschließend im Rat beschlossen werden.

Bürgermeister Niehues nahm diese Anregung auf.

Anschließend übergab die Ausschussvorsitzende Everding das Wort an Frau Knossalla als Vertreterin des Kolpingbildungswerkes. Frau Knossalla stellte das Projekt anhand einer Präsentation ausführlich vor. Der Ausdruck dieser Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage II** beigefügt.

Im Anschluss ergaben sich weitere Fragen zum Projekt.

Ausschussmitglied Schröder erkundigte sich nach Referenzprojekten. Frau Knossalla wies darauf hin, dass es in Nordrhein-Westfalen noch keine entsprechenden Modellprojekte gäbe, sondern nur erste Vorgespräche und Überlegungen. Erfahrungen seien in Hessen und Bayern gemacht worden, hierzu läge eine Veröffentlichung vor, die sie gerne zur Verfügung stellen könne. Ähnliche Ansätze würden außerdem von dem Projekt „Lokale Bündnisse für Familien“ verfolgt, dieses Angebot sähe aber nur eine Anschubfinanzierung vor und keine externe Begleitung.

Ausschussmitglied Steindorf fragte nach, ob es für das Projekt wichtig sei, keine politische Dominanz bzw. politische Neutralität zu gewährleisten, wie dies im Vortrag angeklungen sei. Dies wurde von Frau Knossalla bestätigt.

Bürgermeister Niehues fragte nach der Zusammensetzung der geplanten Arbeitsgruppen. Frau Knossalla führte aus, dass diese sich aus dem Plenum herausbilden und zu ortsspezifischen Schwerpunktthemen gesondert tagen. Anschließend erfolge eine Berichterstattung im Plenum. Die Arbeitsgruppen erhielten keine Moderation.

Ausschussvorsitzende Everding merkte ergänzend an, dass die Osterwicker Kindergärten bereits erfolgreich mit den Senioren zusammenarbeiteten.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Vortrag zum „Kommunalen Familientisch“ wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Eine Beschlussfassung ist in der nachfolgenden Ratssitzung vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Antrag der Kath. Kirchengemeinde Osterwick auf Verlängerung der Offenen Jugendarbeit um ein weiteres Jahr vom 01.04.2006 bis 31.03.2007
Vorlage: VII/228

Bezug. SpKFSA vom 08.12.2004, TOP 3 ö.S.

Ausschussvorsitzende Everding gab zunächst eine persönliche Erklärung ab. Sie

habe vor Ort feststellen können, dass der Offene Jugendtreff im Ortsteil Osterwick nicht gut angenommen würde und daher die Jugendlichen und deren Eltern auf die Gründe angesprochen. Es habe sich herausgestellt, dass einige ortsansässige Jugendliche andere jugendliche Besucher des Offenen Jugendtreffs gemobbt hätten, so dass die Betroffenen von einem weiteren Besuch des Jugendtreffs absehen würden. Außerdem habe sie den Eindruck, dass immer häufiger Fälle von Vandalismus in Rosendahl zu verzeichnen seien. Sie habe daraufhin das Gespräch mit der sozialpädagogischen Fachkraft, Herrn Druffel-Severin, gesucht, um mit ihm gemeinsam Lösungsmöglichkeiten anzudenken. Zudem sei in einem interfraktionellen Gespräch von Herr Steindorf für die CDU-Fraktion angekündigt worden, ein neues Konzept für die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit in allen drei Ortsteilen vorzulegen. Dieses Konzept sei bislang nicht vorgestellt worden. Auch ein geplantes Gespräch mit dem Kreisjugendpfleger habe zu ihrem Bedauern bisher noch nicht realisiert werden können. Desweiteren habe sie Kontakt mit dem Vorsitzenden der Kolpingsfamilie Osterwick. Ihr Anliegen bei allen Gesprächen sei gewesen, Lösungsmöglichkeiten für bestehende Konflikte zu suchen.

Sie bat daraufhin Herrn Pfarrer Hambrügge um Auskunft, welche Erkenntnisse aus seinen Gesprächen mit Herrn Druffel-Severin gewonnen worden seien.

Pfarrer Hambrügge teilte mit, dass ein ständiger Informationsaustausch zwischen ihm und Herrn Druffel-Severin stattfände, die Ergebnisse dieser Gespräche allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

Ausschussmitglied Steindorf wies darauf hin, dass seitens der CDU-Fraktion zu keinem Zeitpunkt ein neues Konzept versprochen worden sei, wobei er ausdrücklich betonte, dass seine Fraktion der Offenen Jugendarbeit in Rosendahl einen sehr hohen Stellenwert einräume. Bezüglich der Vandalismusvorfälle hielte er es außerdem für sehr bedenklich, diese grundsätzlich mit Jugendlichen in Verbindung zu bringen. Dies sei auch in der vergangenen Ratssitzung unterschwellig durch einen Redebeitrag des Bürgermeisters angeklungen.

Ausschussmitglied Schröder bat darum, den vorliegenden Antrag der Kath. Kirchengemeinde inhaltlich zu beraten.

Ausschussmitglied Haßler hielt das vorliegende Konzept für nachvollziehbar und gut und vertrat die Auffassung, dass es so umgesetzt werden solle. Sie zeigte sich aber verwundert, dass Frau Everding mit Dritten die Arbeit des Offenen Jugendtreffs diskutiere und deren subjektive Meinungsäußerungen weiter verbreite.

Ausschussmitglied Wünnemann wies ebenfalls darauf hin, dass im Mittelpunkt der Sitzung die Beratung des Antrages stünde. Dem Beschlussvorschlag und dem Konzept könne die SPD-Fraktion folgen.

Ausschussvorsitzende Everding begründete ihre Ausführungen zu Beginn der Beratung des Tagesordnungspunktes mit dem Hinweis, dass sie aufgrund ihrer ständigen Besuche des Pfarrheims Osterwick häufig mit diesem Thema konfrontiert werde.

Dieser Begründung konnte Ausschussmitglied Steindorf nicht folgen; er bat stattdessen Herrn Druffel-Severin um dessen Stellungnahme.

Herr Druffel-Severin erläuterte kurz die Rahmenbedingungen seiner Tätigkeit im Offenen Jugendtreff der drei Rosendahler Ortsteile. Die Besucherzahlen in den drei Einrichtungen seien unterschiedlich, in Osterwick würde der Jugendtreff an den Abenden etwas geringer besucht. Zu den Äußerungen von Frau Everding äußerte er sich dahingehend, dass es für seine Arbeit nicht hilfreich wäre, wenn Jugendliche

seiner Einschätzung nach mit Suggestivfragen angesprochen würden.

Ausschussmitglied Wünnemann bat Herrn Druffel-Severin um Konkretisierung dieses Vorwurfs.

Herr Druffel-Severin gab als Beispiel an, dass er es für eine Suggestivfrage halte, wenn gefragt würde: „Geht ihr wegen der Ausländer nicht mehr zum Jugendtreff?“.

Ausschussvorsitzende Everding bestritt ausdrücklich, solche Fragen gestellt zu haben.

Ausschussmitglied Haßler verwies auf das Stundenvolumen der pädagogischen Fachkraft und bat darum zu bedenken, dass im Rahmen dieses Tätigkeitsumfanges der Arbeit von Herrn Druffel-Severin zwangsläufig Grenzen gesetzt seien. Sie bat Herrn Druffel-Severin um Auskunft, ob seine Stundenzahl ausreiche, er Hilfestellungen benötige und ob es ihm auch möglich sei, außerhalb des Jugendtreffs –im Sinne eines „streetworkers“ - zu arbeiten.

Herr Druffel-Severin erläuterte, dass er ständig bemüht sei, bei einem schwachen Besuch des Jugendtreffs jene Plätze aufzusuchen, die von Jugendlichen besonders gerne frequentiert würden. Dabei würde er auch deren Interessen abfragen. Zudem würden Anstrengungen unternommen, eine weibliche Hilfskraft – ggf. im Rahmen eines Plus-Jobs – zu gewinnen, um auch Angebote ausschließlich für Mädchen entwickeln zu können. Dieses sei bislang aber noch nicht gelungen.

Ausschussmitglied Schulze-Baek erkundigte sich danach, ob die Ausstattung der Räumlichkeiten verbessert werden müsse.

Herr Druffel-Severin teilte mit, dass man ständig bemüht sei, die Einrichtung des Jugendtreffs zu verbessern und nach entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten suche. Allerdings gelte auch für die Sachkosten ein strenger Sparzwang.

Ausschussmitglied Wünnemann fragte nach, ob nicht finanzielle Mittel auf der Grundlage der Bestimmungen des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes NRW beschafft werden könnten.

Herr Druffel-Severin wies darauf hin, dass für die Einrichtung Zuschüsse nur dann gewährt würden, wenn eine Kofinanzierung seitens des Trägers und/oder der Kommune dargestellt werden könne und zudem ein Gesamtkonzept unter Beteiligung aller freien Träger der Jugendhilfe am Ort vorgelegt würde.

Ausschussmitglied Wünnemann erkundigte sich bei Frau Everding nach der Art, wie sie ihre Fragen an die Jugendlichen gestellt habe.

Frau Everding teilte mit, sie habe sachliche Fragen der Art „Warum besucht ihr den Jugendtreff nicht?“ gestellt. Sie stellte nochmals heraus, dass ihr die Arbeit des Jugendtreffs sehr wichtig sei und sie keineswegs ausländerfeindliche Äußerungen getan habe.

Ausschussmitglied Klostermann wies darauf hin, dass sie weiterhin die Einrichtung des Jugendtreffs für sehr wichtig halte, aber die geleistete Arbeit hinterfragen wolle. Festzustellen sei, dass die Jugendtreffs in allen drei Ortsteilen nicht sehr gut angenommen würden. Es sollte gefragt werden, wie man die Angebote für Jugendliche attraktiver gestalten könne. Sie kenne Programme anderer Einrichtungen, die hierfür ein Vorbild sein könnten. Das in diesem Jahr angebotene Sommerferienprogramm hielte sie für dürftig und verbesserungswürdig. Diesbezüglich würden sie auch die Besucherzahlen interessieren. Es fehle außerdem an einer guten Öffentlichkeitsarbeit.

Ausschussmitglied Steindorf wies darauf hin, dass Herr Druffel-Severin wichtige

Integrationsarbeit zu leisten und dieses mit wenig Zeit und hoher Fluktuation der Besucher zu bewältigen habe. Er müsse daher unterstützt werden. Hierfür sei insbesondere politische Neutralität wichtig. Er fragte Herrn Druffel-Severin, ob diese politische Neutralität bei seiner Arbeit gewährleistet sei.

Herr Druffel-Severin erläuterte, dass er immer daran interessiert sei, mit allen politischen Gremien zu kommunizieren. Er müsse sich aber dagegen wehren, politisch eingespannt zu werden, wie dies im letzten Kommunalwahlkampf 2004 versucht worden sei.

Ausschussmitglied Steindorf bat Herrn Druffel-Severin um Konkretisierung des Vorfalls.

Herr Druffel-Severin erläuterte, dass im besagten Wahlkampf seitens der Wählergemeinschaft (WIR) eine Anfrage getätigt worden sei, in den Räumen des Offenen Jugendtreffs eine Wahlparty für Jugendliche durchzuführen. Ihm sei angeboten worden, dass der mögliche Erlös dieser Veranstaltung anschließend für die Einrichtung und die Jugendlichen verwendet werden könne. Er habe dies abgelehnt.

Ausschussmitglied Steindorf bat Herrn Druffel-Severin nochmals um Bestätigung, dass die Wählergemeinschaft WIR für die Nutzung der Räumlichkeiten zu dem genannten Zweck Geld an die Einrichtung hätte geben wollen.

Herr Druffel-Severin bestätigte dies und ergänzte, dass zudem Plakate im Offenen Jugendtreff verteilt worden seien.

Ausschussvorsitzende Everding wandte ein, dass – falls überhaupt Geld versprochen worden sei, was sie selbst aber nicht bestätigen könne – dieses Geld für die Anschaffung eines Billardtisches hätte genutzt werden können.

An dieser Stelle der Diskussion bat Ausschussmitglied Steindorf ausdrücklich darum, diese Diskussion ausführlich in der Niederschrift festzuhalten. Er wiederholte die Vorwürfe, wie sie sich ihm nach den gehörten Aussagen darstellten, und zwar habe Frau Everding den Jugendlichen angeblich Suggestivfragen gestellt, diese sollen ausländerfeindlich gewesen sein, zudem habe die WIR dem Jugendtreff Geld angeboten und außerdem soll Frau Everding auch die Eltern von Jugendlichen befragt haben. Er bat Frau Everding um Auskunft, welche Fragen sie den Eltern gestellt habe.

Frau Everding betonte erneut, dass sie keine ausländerfeindlichen Fragen gestellt habe, sondern die Eltern nur befragt habe, warum deren Kinder nicht mehr zum Jugendtreff kämen. Diese Fragen habe sie vor dem Hintergrund gestellt, dass angeblich einigen Kindern der Besuch des Jugendtreffs verboten worden sei. Sie habe den Mobbingvorwürfen nachgehen wollen und nur Erkundigungen eingezogen.

Ausschussmitglied Steindorf erkundigte sich nach den Eltern, die befragt worden seien. Frau Everding erläuterte, dass sie nur Osterwicker Eltern befragt habe, deren Kinder wegen Mobbing fernblieben. Dabei habe es sich nicht um ausländische Jugendliche bzw. Eltern gehandelt.

Ausschussmitglied Wünnemann warf daraufhin Frau Everding vor, selbst Mobbing gegenüber Herrn Druffel-Severin zu betreiben.

Frau Everding entgegnete daraufhin, dass ihr dies seitens Herrn Druffel-Severin aber zu keiner Zeit vorgeworfen worden sei.

Herr Klix betonte an dieser Stelle der Diskussion, dass in den Räumen der Jugendtreffs grundsätzlich keine politischen Aktivitäten zugelassen und auch keine Gelder von politischen Parteien angenommen würden. Alle drei Kirchengremien wären sich außerdem der Problemlagen der Jugendtreffs bewusst. Es fänden zudem regelmäßige Informationsgespräche mit Herrn Druffel-Severin statt. Die von Herrn

Druffel-Severin geleistete Integrationsarbeit und sein Einsatz würden von allen drei Kirchengemeinden geschätzt. Zudem würde die Arbeit durch Fachberater ständig begleitet.

Ausschussvorsitzende Everding betonte erneut, dass der Offene Jugendtreff auch für die WIR-Fraktion hohe Priorität besäße, ihre Fraktion aber dennoch ihre Meinung dazu äußern wolle.

Herr Druffel-Severin sagte hierzu, dass ihn einige Äußerungen von Frau Everding sehr befremdet hätten und er daraufhin auch entsprechende Diskussionen mit den Jugendlichen geführt hätte, die an diesen Gesprächen beteiligt gewesen seien. Was die Mobbing-Vorfälle unter den Jugendlichen angehe, trügen diese Konflikte zuweilen schon rechtsradikale Züge. Die Urheber entsprechender Äußerungen würden im Jugendtreff auch nicht weiter geduldet.

Ausschussmitglied Steindorf merkte hierzu an, dass es die CDU-Fraktion nicht als ihre Aufgabe ansähe, andere zu kontrollieren, wie sie ihre Arbeit machten. Vielmehr ginge es darum, mit den Betroffenen in Kontakt zu bleiben.

An dieser Stelle beantragte Ausschussmitglied Steindorf eine zehnmündige Sitzungsunterbrechung. Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Die Sitzung wurde von 21.15 Uhr bis 21.25 Uhr unterbrochen.

Ausschussmitglied Schröder setzte die Diskussion mit der Bemerkung fort, dass die Arbeit von Herrn Druffel-Severin große Anerkennung des Ausschusses verdiene, insbesondere angesichts der knapp bemessenen Zeit und der schwierigen Rahmenbedingungen. Ihm sollten keine Steine in den Weg gelegt werden, sondern er benötige vielmehr Unterstützung und Anregungen. Die Arbeit sei zudem ein langwieriger fortdauernder Prozess.

Ausschussmitglied Haßler wies darauf hin, dass der Erfolg der Jugendarbeit nicht messbar und die Anzahl der den Jugendtreff aufsuchenden Jugendlichen kein aussagekräftiger Maßstab sei. Wichtig sei es daher, Herrn Druffel-Severin in seiner Arbeit zu unterstützen und gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ausschussmitglied Steindorf bekräftigte dies und wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion den Antrag der Kirchengemeinde uneingeschränkt positiv bewerte.

Er fügte anschließend eine persönliche Erklärung an, in der er die in den vorangegangenen Diskussionsbeiträgen geäußerten Aussagen zusammenfasste. Frau Everding habe demnach in der Öffentlichkeit ausländerproblematische Äußerungen getan, deutsche Jugendliche mit rechtsradikalen Tendenzen befragt und Gelder angeboten. Dies wäre bedenklich angesichts der repräsentativen Position von Frau Everding in der Gemeinde Rosendahl als stellvertretende Bürgermeisterin und Vorsitzende des Ausschusses.

Herr Druffel-Severin ergänzte die Diskussion um den Hinweis, dass Jugendarbeit zwar quantitativ nicht messbar sei, sehr wohl aber qualitativ. Hier seien bereits gute Erfolge erzielt worden, beispielsweise in der Vermittlung von Praktikumsplätzen für Jugendliche. Was die angefragten Besucherzahlen angehe, hätten im Durchschnitt 10 bis 15 Jugendliche die Angebote in den Ferien wahrgenommen.

Ausschussmitglied Schulze-Baek äußerte sich anschließend ebenfalls positiv gegenüber dem vorliegenden Antrag. Er erinnerte an die Jugendunruhen der letzten

Wochen in Frankreich und betonte, dass niemanden daran gelegen sein könne, hier ähnliche Verhältnisse vorzufinden. Lobenswert sei auch, dass Herr Druffel-Severin ortsteilübergreifend arbeiten könne.

Ausschussmitglied Klostermann stellte an Ausschussmitglied Schröder die Frage, wie er sich die Unterstützung der Arbeit von Herrn Druffel-Severin konkret vorstelle. Herr Schröder beantwortete dies mit dem Hinweis, dass es darauf ankomme, hinter dem Projekt und der pädagogischen Fachkraft zu stehen und nicht hinter dessen Rücken Fragen zu stellen. Inhaltlich stehe es ihm nicht zu, Herrn Druffel-Severin Ratschläge zu geben; Aufgabe der Ausschussmitglieder sei es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und ihn auch öffentlich zu unterstützen. Im übrigen sei der Träger verantwortlich.

Herr Druffel-Severin erinnerte Ausschussmitglied Klostermann daran, dass sie in einer vorangegangenen Sitzung des Ausschusses ihre Hilfe angeboten habe, insbesondere bei der Schaffung eines Angebotes speziell für jugendliche Mädchen. Eine Anregung in dieser Hinsicht sei aber nicht gegeben worden. Frau Klostermann erwiderte, dass diese von Herrn Druffel-Severin auch nicht abgefragt worden sei.

Ausschussmitglied Wünnemann erklärte für sich persönlich, dass er die Arbeit von Herrn Druffel-Severin nicht in der diskutierten Form hinterfragen würde. Die Vorgehensweise von Frau Everding sei in seiner langjährigen Tätigkeit als Ratsmitglied beispiellos und hierüber sei noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Ausschussvorsitzende Everding betonte erneut, dass sie nur aus Interesse gefragt habe und die Diskussion des Themas im Ausschuss begrüße.

Ausschussmitglied Klostermann schloss sich dieser Auffassung an und betonte, dass die gute Absicht von Frau Everding bewusst missdeutet würde. Ihrer Ansicht nach würde Frau Everding in dieser Diskussion diffamiert.

Herr Druffel-Severin wies nochmals darauf hin, dass es keinesfalls um die Diffamierung von Ausschussmitgliedern ginge, sondern dass er nur die Empfindungen der Jugendlichen aufgrund der Vorkommnisse habe schildern wollen. Zudem sei ihm die Darstellung der Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Wahlkampf 2004 wichtig gewesen.

Herr Klix ergänzte die Beratung um den Hinweis, dass die vorliegende Konzeption der kirchlichen Rahmenkonzeption entspreche und auch für andere Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit in entsprechender Form angewandt würde. Außerdem bemerkte er, dass die drei Rosendahler Kirchenvorstände der pädagogischen Fachkraft für die inhaltliche Arbeit die pädagogische Freiheit zugestehen würden.

Ausschussvorsitzende Everding richtete an Herrn Druffel-Severin die Frage, ob es wie geplant gelungen sei, ehrenamtliche Kräfte für die Zusammenarbeit zu gewinnen.

Dies bestätigte Herr Druffel-Severin, wenngleich dies momentan aufgrund von persönlichen Begleitumständen der Helfer (z.B. Annahme einer Ausbildungsstelle) rückläufig sei. Es seien aber Kontakte mit dem Ortsjugendring und der Kolpingsfamilie geknüpft und gemeinsame Aktionen geplant. Ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen sei sehr schwer und noch schwieriger sei es, diese zu erhalten.

Bevor der Ausschuss über den Antrag abstimmte, fragte Ausschussmitglied Klostermann nach, warum in dem vorliegenden Beschlussvorschlag vom Antrag der Kath. Kirchengemeinde insofern abgewichen worden sei, als die Maßnahme nur bis zum Jahresende 2006 verlängert werden solle und nicht – wie beantragt – bis zum

31.03.2007.

Fachbereichsleiter Gottheil erläuterte den Hintergrund für diese Änderung des Zeitraumes, der in Anlehnung an die kalenderjährliche Bezuschussung seitens des Kreises Coesfeld nunmehr gewählt worden sei.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag** für den Rat:

1. Die Förderung der Offenen Jugendarbeit der Katholischen Kirchengemeinden Rosendahls wird auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 13. September 2001 zunächst bis zum 31. Dezember 2006 verlängert.
2. Der auf das Haushaltsjahr 2006 entfallende Zuschussbetrag in Höhe von voraussichtlich 24.904 € ist im Haushaltsjahr 2006 bereitzustellen.
3. Hinsichtlich der Fortführung der Maßnahme über den 31. Dezember 2006 hinaus wird Ende 2006 eine erneute Entscheidung getroffen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme
 1 Enthaltung

4 Rosendahler Kulturprogramm 2006

4.1 Vorstellung des Kulturprogramms 2006 Vorlage: VII/222

Sachbearbeiterin Roters gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die seit der vergangenen Ausschusssitzung am 16. Juni 2005 stattgefundenen Veranstaltungen und wies zudem auf die bis zum Jahresende noch auf dem Programm stehenden Veranstaltungen hin.

Hinsichtlich des Kulturprogramms für das Jahr 2006 verwies sie auf die ausführliche Darstellung in der Sitzungsvorlage. Bei der Planung und Konkretisierung des Kulturprogramms seien die Vorgaben des entsprechenden Beschlusses des Ausschusses – vertragliche Verpflichtungen bis zur Höhe der voraussichtlichen Kosten sowie Einhaltung des maximalen Zuschussbedarfs von 5.500,00 € - beachtet worden.

Vor der Abstimmung über den Beschlussvorschlag hatte Ausschussmitglied Steindorf kurzzeitig den Sitzungssaal verlassen und nahm daher hieran nicht teil.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Sport-, Kultur-, Familien und Sozialausschuss nimmt das Kulturprogramm 2006 zustimmend zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4.2 Einführung einer KulturCard für Rosendahl für 2006 Vorlage: VII/223

Mit Bezug auf die umfangreiche Sitzungsvorlage erläuterte Sachbearbeiterin Roters anhand einer kurzen Präsentation das Konzept zur Einführung einer „KulturCard“. Ein Ausdruck dieser Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage III** beigefügt. Hinsichtlich der zu erwartenden Kosten wies sie darauf hin, dass die Kosten für die Erstellung der Karte und des notwendigen Werbematerials ein Sponsor gesucht werde. Es sei daher nicht mit Mehrausgaben, wohl aber mit möglichen Mindereinnahmen zu rechnen, falls sehr viele Karteninhaber ihre Möglichkeiten des freien Eintritts zu allen Veranstaltungen wahrnehmen würden. Hierzu lägen jedoch keine Erfahrungswerte vor.

Ausschussmitglied Steindorf fragte nach, ob eine solche Karte auch für Dritte erworben werden könne.

Frau Roters bejahte dies, zumal sich die KulturCard auch als Geschenk eigne.

Ausschussmitglied Klostermann gab zu bedenken, dass bei einem guten Absatz der KulturCards die Anzahl der Eintrittskarten bei jenen Veranstaltungen mit begrenztem Raum nicht ausreichen könne. Frau Roters räumte ein, dass diese Engpässe nicht ganz auszuschließen seien, allerdings nur bei den zwei geplanten Lesungen im Torhaus von Haus Holtwick (mit max. 35 Plätzen) eintreten könnten. Sollten mehr als 35 KulturCard-Inhaber sich für diese Veranstaltungen anmelden, müsse überlegt werden, eine zusätzliche Lesung oder eine Ersatzveranstaltung anzubieten; dieser Fall sei aber wohl kaum zu erwarten.

Ausschussmitglied Klostermann fragte weiterhin nach, wie damit umgegangen würde, wenn andere Interessenten, die keine KulturCard gekauft hätten, keine Eintrittskarten mehr erhalten könnten. Frau Roters wies darauf hin, dass es ein wichtiger Anreiz für den Kauf der KulturCard sei, einen vorzeitigen Zugriff auf Eintrittskarten zu erhalten. Hierauf müssten Nichtinhaber dann verzichten oder aber sich im Vorhinein für den Kauf einer KulturCard entscheiden.

Ausschussmitglied Wünnemann fand das Konzept der KulturCard grundsätzlich begrüßenswert, kündigte jedoch an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da noch Beratungsbedarf in seiner Fraktion bestünde.

Für die WIR-Fraktion schloss sich Ausschussvorsitzende Everding der Auffassung von Herrn Wünnemann an.

Ausschussmitglied Schröder vertrat die Auffassung, dass die geplante Idee der Einführung einer KulturCard sehr zu begrüßen sei und er keine Bedenken habe, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Ausschussmitglied Klostermann gab zu bedenken, dass die Einführung einer KulturCard zur Folge haben könne, dass Mindereinnahmen nicht auszuschließen seien.

Ausschussmitglied Steindorf schloss sich der Auffassung von Herrn Schröder an und betonte, dass jede Innovation auch eine finanzielle Ausgabe mit sich bringe. Er könne sich gut vorstellen, dass die KulturCard positiv angenommen würde.

Ausschussmitglied Haßler wies darauf hin, dass mit der Einführung der KulturCard auch die Chance verbunden wäre, langfristig neue Besucher für Veranstaltungen zu gewinnen und zu binden.

Ausschussvorsitzende Everding teilte nach kurzer Rücksprache mit dem Fraktionsvorsitzenden der WIR mit, dass auch die WIR-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Einführung einer KulturCard wird – wie in der Sitzungsvorlage beschrieben – zugestimmt. Sie wird probeweise für ein Jahr angeboten. Auf der Grundlage der daraus gewonnenen Erfahrungswerte soll im nachfolgenden Jahr über eine mögliche Fortführung entschieden werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei
7 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

5 Bericht über die Entwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende ("Hartz IV") in der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VII/229

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag von Ausschussmitglied Steindorf vom Ausschuss einvernehmlich vor den TOP 2 gezogen.

Fachbereichsleiter Homering berichtete anhand eines Folienvortrags ausführlich über die Entwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in der Gemeinde Rosendahl. Die Vortragsunterlagen sind der Niederschrift als **Anlage I** beigelegt.

Im Anschluss an seine Ausführungen ergaben sich einige Sachfragen.

Ausschussmitglied Steindorf fragte nach, wo beim Kreis Coesfeld die Anlaufstelle für die Betroffenen wäre, die an den Kreis verwiesen würden, und wer die dadurch entstehenden Kosten trage.

Fachbereichsleiter Homering teilte mit, dass das Zentrum für Arbeit in den Gebäuden der Kreisverwaltung untergebracht sei. Allerdings würde vorrangig versucht, die Betroffenen im Rosendahler Rathaus durch die hierfür zuständige Fachberaterin, die immer dienstags im Rathaus sei, beraten zu lassen. Die Kosten würden auch in diesen Fällen wie üblich abgerechnet: die Kosten der Unterkunft trage die Kommune, die weiteren Kosten würden über die Pauschalen vom Kreis mit dem Bund abgerechnet.

Ausschussmitglied Wünnemann bat um Auskunft, welche Regelungen bei vorliegendem Wohneigentum zum Tragen kämen.

Herr Homering erläuterte, dass bei einer Familie/Bedarfsgemeinschaft ein Einfamilienhaus bzw. eine Eigentumswohnung nicht angegriffen würden, wenn eine angemessene Größe des Grundstücks bzw. der Wohnung festgestellt würde. Die Maßstäbe hierfür seien recht großzügig. Bei einem Alleinstehenden, der eine unangemessen große Eigentumswohnung bewohne, würde allerdings eine Verwertung des

vorliegenden Vermögens erwartet.

Ausschussmitglied Schröder fragte an, ob auch kreisübergreifend zusammengearbeitet würde, wenn es um die Vermittlung von Arbeitsstellen ging.

Herr Homering bejahte dies und führte Beispiele hierfür an. Die Kommunikationsmöglichkeiten für einen diesbezüglichen Informationsaustausch würden außerdem in Zukunft noch weiter ausgebaut.

Ausschussvorsitzende Everding erkundigte sich, ob Plus-Jobs verlängert werden könnten.

Herr Homering erläuterte, dass die Plus-Jobs grundsätzlich für die Dauer von 6 Monaten angelegt seien und darüber hinaus arbeitsmarktpolitisch wenig Sinn machten. Nur in wenigen begründeten Ausnahmefällen würden sie verlängert.

Ausschussmitglied Wünnemann fragte nach, ob die Plus-Jobs auch für die Gemeinde Rosendahl von Nutzen seien.

Fachbereichsleiter Homering erinnerte daran, dass Plus-Jobs nur für gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten eingerichtet werden dürften, um eine Konkurrenz zum Arbeitsmarkt zu vermeiden. An diese Vorgaben würde sich die Gemeinde auch halten, wenn es sich um einen Einsatz bei der Gemeinde Rosendahl, wie zum Beispiel beim Bauhof, handele. Am besten seien Plus-Jobs allerdings immer noch für Vereinsinitiativen geeignet.

Ausschussmitglied Schröder bat um eine genauere Erläuterung der Gründe für die angekündigte überplanmäßige Ausgabe von rd. 125.000,00 € und fragte nach der weiteren finanziellen Entwicklung in diesem Bereich.

Bürgermeister Niehues verwies auf die enormen Schwierigkeiten, mit denen alle Beteiligten bei der Planung des notwendigen Finanzrahmens zu kämpfen gehabt hätten. Eine vollständig neue Aufgabe wäre auf die Gemeinden und den Kreis zugekommen und entsprechende Erfahrungswerte hätten nicht vorgelegen. Grundlage der Ermittlung der zu erwartenden Kosten hätten daher nur angenommene Fallzahlen und angenommene Kosten der Unterkunft sein können. Es hätte sich nunmehr gezeigt, dass beide Faktoren höher ausgefallen seien als angenommen. Dieser große Unsicherheitsfaktor sei zuvor aber auch bedacht worden. Aus diesem Grund erfolge die Abrechnung eben nicht über die Kreisumlage, sondern außerhalb der Kreisumlage, allerdings anhand eines Prozentsatzes auf der Grundlage eines mit der Kreisumlage identischen Verteilungsschlüssels. Was darüber hinaus die zukünftige Entwicklung betreffe, berichtete er von Überlegungen im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz, statt einer Umlagenfinanzierung auf der Basis der Kreisumlage ab dem 1. Juli 2006 teilweise eine Spitzabrechnung (evtl. beginnend mit 20 v.H.) vorzunehmen. Dies sei aber nur bei einer Einigung aller Kommunen durchzusetzen. Die Gemeinde Rosendahl wäre eine der Gemeinden, die von einem solchen Abrechnungsmodus profitieren würde, andere Kommunen stünden sich allerdings bei einer Spitzabrechnung schlechter. Er könne daher nicht absehen, ob es zu einer Einigung in der Bürgermeisterrunde käme.

Ausschussmitglied Schulze-Baek fragte nach den Gründen für die mangelnde Unterstützung seitens der Agentur für Arbeit während der Übergabephase.

Fachbereichsleiter Homering betonte die derzeitige effektive Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und führte die Anfangsschwierigkeiten auf die Umstellungsprobleme zurück.

Auch Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass eine gute Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit für die Gemeinde Rosendahl unentbehrlich sei.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss nimmt den Sachvortrag über die bisherige Entwicklung der Grundsi-
cherung für Arbeitssuchende in der Gemeinde Rosendahl zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Mitteilungen

Mitteilungsbedarf lag nicht vor.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

7.1 Sanierungsbedarf der Sportplatzflächen in Rosendahl - Herr Steindorf

Ausschussmitglied Steindorf erkundigte sich nach dem Sanierungsbedarf der Sportplatzflächen in Rosendahl. Im Vorfeld der Haushaltsberatungen für das Jahr 2005 sei ein entsprechender Überblick über den Sanierungsbedarf angekündigt worden. Dieser läge bis heute nicht vor. Er schlage daher vor, einen solchen Bericht für die nächste Ausschusssitzung auf der Tagesordnung vorzusehen.

Bürgermeister Niehues sagte eine entsprechende Berücksichtigung zu.

7.2 Erstellung einer Kostenübersicht bezüglich des Sanierungsbedarfs der Rosendahler Sportplätze - Herr Schröder

Ausschussmitglied Schröder ergänzte die Anfrage von Herrn Steindorf um die Bitte, zusätzlich auch eine Kostenübersicht bezüglich des Sanierungsbedarfs der Sportplätze in Rosendahl zu erstellen.

Bürgermeister Niehues sagte dies zu.

7.3 Prüfung der Verlegung von Kunstrasen auf dem Sportplatz im Ortsteil Osterwick - Frau Everding

Ausschussvorsitzende Everding gab in diesem Zusammenhang eine Anregung des Vorsitzenden des Sportvereines Westfalia Osterwick weiter, die Möglichkeiten der Verlegung eines Kunstrasens auf dem Osterwicker Sportplatz zu prüfen.

Bürgermeister Niehus sagte eine entsprechende Prüfung zu.

7.4 Anlegung einer Beleuchtung am Tartanplatz hinter der Hauptschule im Ortsteil Osterwick - Frau Everding

Ausschussvorsitzende Everding fragte nach dem Stand der Arbeiten für die Anbringung einer Beleuchtung am Tartanplatz hinter der Hauptschule in Osterwick.

Fachbereichsleiter Gottheil teilte mit, dass auf die Anbringung der geplanten Beleuchtung in Abstimmung mit dem Sportverein Westfalia Osterwick zunächst verzichtet worden sei.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

8.1 Sachstand zur Umsetzung des Kreuzes im Ortsteil Holtwick - Herr Mensing

Herr Mensing fragte nach, warum das Holtwicker Kreuz noch nicht wie geplant zur Kreuzstraße auf dem Grundstück mit der Linde umgesetzt sei und regte an, Überlegungen zur Platzgestaltung anzustellen.

Fachbereichsleiter Gottheil wies darauf hin, dass diese Pläne bereits ausführlich im Ausschuss beraten worden seien. Es sei nur die Umsetzung noch nicht erfolgt; dies werde durch den gemeindlichen Bauhof aber geschehen.

Ausschussvorsitzende/r

Dorothea Roters
Schriftführer/in